Die blutigen Ereignisse in Berlin.

Die Schuld der Spartakusleute?

Bereits in den Drahtnachrichten unserer Sonnabendnummer haben wir über die blutigen Vorgänge berichtet, die sich am Freitag Abend in Berlin abspielten und die leider etwa 36—40 Opfer, darunter etwa 16 Tote, forderten. Die Frage, wer an dem blutigen Zusammenstoß zwischen Militär (Gardefüsilieren) und Versammlungsbesuchern an der Chaussee- und Invalidenstraße Schuld trägt, ist noch nicht völlig geklärt. Die Luft in Berlin ist jetzt so mit Elektrizität geladen, die Stimmung in allen Lagern ist eine so gereizte, die Machtbefugnisse hängen so in der Luft, daß man sich nur schwer ein Bild von den wirklichen Zuständen machen kann. Sicher ist nur, daß die Gruppe der sogenannten „Spartacusleute", also die Anhänger Liebknechts und Rosa Luxemburgs, mit täglich steigender Leidenschaftlichkeit auftritt, die Massen fortgesetzt in Siedehitze hält und drauf und dran ist, unter Umständen mit Gewalt die Regierung Ebert—Haase zu stürzen und sich an ihre Stelle zu setzen. Noch aber ist dafür gesorgt, daß die Bäume der Liebknecht und Luxemburg nicht in den Himmel wachsen. Zwar läßt man vorläufig Liebknecht, den man eigentlich schleunigst in ein Irrenhaus sperren sollte, da an den geistigen Defekten dieses Mannes nicht länger zu zweifeln ist, ruhig gewähren — aber der größte Teil der in Berlin weilenden Fronttruppen, sowie der Groß-Berliner Soldatenrat haben sich einmütig gegen Liebknecht ausgesprochen; man will von seinen Treibereien nichts wissen, man verwirft den von ihm gepredigten Bolschewismus, man will Ruhe und Ordnung, weil man weiß, welche ungeheuren Gefahren aus dem Gegenteil für uns entstehen können und man hat sogar Liebknecht und seiner Kampfgenossin Frau Rosa Luxemburg schon mit Erschießen gedroht, wenn sie sich wieder in Berliner Kasernen blicken lassen sollten.

Nichtsdestoweniger verfügt Spartacus-Liebknecht in Berlin über einen starken Anhang. Es sind zum Teil entschlossene, ja verzweifelte Elemente, vielfach auch Arbeitslose und Deserteure sowie andere Leute, die nichts zu verlieren haben und diese Unruhigen bilden, da sie zudem noch über Waffen und Munition verfügen, eine ernste Gefahr. — Was nun die Vorgänge vom Freitag Abend betrifft, so scheint zunächst die überraschende Verhaftung des Vollzugsrates des Groß-Berliner Soldatenrats im Abgeordnetenhause, über die wir schon berichteten, so ein Handstreich der Spartacusleute gewesen zu sein. Zwar heißt es, daß einige jüngere Beamte des Auswärtigen Amtes, darunter ein Graf Matuschka und ein Herr von Rheinbaben, die geflüchtet sind, den Befehl zur Verhaftung des Vollzugsrates gegeben haben sollen. Aber die sofort eingeleitete Untersuchung wird darüber erst Klarheit erbringen. Jedenfalls brachte ein Vertreter der Deserteure die Kunde von dieser Verhaftung in eine Versammlung, die in den Germaniasälen in der Chausseestraße gerade tagte. Die Temperatur in der Versammlung wuchs zur Siedehitze. Man betrachtete die Verhaftung als ein Werk der Reaktion, man beschloß, sich sofort zum Reichskanzlerpalais zu begeben, die „Reichskanzlerbude" zu stürmen und Ebert an den nächsten Laternenpfahl zu hängen. Eben, als dieser Zug sich auf der Straße formieren wollte, stieß man auf militärische Postenketten, die die Straße absperrten. Wiederholt forderten die Truppen die Demonstranten, die unbewaffnet waren, auf, sich zurück zu ziehen. Das taten diese auch, kehrten aber auf einem Umwege wieder zurück. Als dann die Spitze des Zuges unter Hochrufen auf Liebknecht sich der Ecke der Invalidenstraße näherte, wurden wiederum Kommandos: „Zug zurück!" gegeben. Da diese Aufforderung keinen Erfolg hatte, so setzte Maschinengewehrfeuer, unterstützt von Gewehrfeuer, ein. Eine wilde Panik entstand, und unter lautem Schreien stoben Zivilisten und Soldaten auseinander. Nach kaum zwei Minuten war der Tumult zu Ende. Dutzende von Leuten, die auf der Flucht niedergeworfen und von den Nachstürmenden mit den Füßen getreten worden waren, erhoben sich aus dem Morast und eilten weiter. Bald aber stellte sich heraus, daß zahlreiche Personen durch die Schüsse getötet oder schwer verletzt waren. Die bewaffneten Soldaten nahmen sich der Verletzten und der Toten sofort an, trugen sie nach den nächsten Hausfluren und sorgten für ihre Ueberführung nach den nächsten Unfallstationen und Krankenhäusern, einige wurden auch auf einen vorüberfahrenden Pferdewagen eines Militärdepots gelegt und Militärlazaretten zugeführt. Die Zahl der Verletzten und Toten ließ sich vorläufig mit Sicherheit nicht feststellen. Die Regierung hat jedenfalls eine scharfe Untersuchung der tief betrübenden Vorkommnisse eingeleitet. Die Berliner Kommandantur rechnet angesichts der Zuspitzung der Lage mit weiteren Zusammenstößen. Der Vollzugsrat hat daher angeordnet, daß die Truppen möglichst von den Straßen ferngehalten werden sollen. Die republikanische Soldatenwehr von über 10 000 Mann steht geschlossen der Kommandantur zur Verfügung, um Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Berlin aufrechtzuerhalten. Außerdem haben sämtliche Soldatenräte der Berliner Truppen einmütig mit allen erforderlichen Mitteln der Kommandantur zur Hand zu sein. Die Kommandantur hat die Weisung an alle Truppen gegeben, daß nur im äußersten Notfalle zur Waffe gegriffen werden darf, um Angriffe niederzuschlagen.

Die Regsamkeit der Spartakusleute.

Für Sonnabend abend und Sonntag waren in Groß-Berlin wieder an 30 Volksversammlungen der Spartacusleute einberufen. Liebknecht verkündete in einer Versammlung den Sturz der gegenwärtigen Regierung innerhalb 14 Tagen und erklärte, der begonnene Kampf der Spartacusgruppe um die Macht gehe seiner Entscheidung entgegen. In Berliner Kasernen werden Flugblätter verteilt, die zur Unterstützung der jetzigen Regierung die militärische Diktatur fordern. In den Kasernen ist es zu lebhaften Kundgebungen gegen den Berliner Vollzugsrat gekommen.

Die Generalstreikparole.

Liebknecht hat den Generalstreik in Berlin proklamiert. Die Proklamation fand aber in den meisten Betrieben keine Beachtung. Am stärksten wirkte die Aufforderung bei der Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik, die die Fabrik verließ und sich zur Beteiligung an Demonstrationen auf die Straße begab. An verschiedenen Denkmälern wurden Maschinengewehre mit Bedienungsmannschaften aufgestellt. Durch die Siegesallee fuhren Automobile mit Maschinengewehren, deren Mannschaften Flugblätter verteilten, in denen zum Massenprotest am Sonntag um 2 Uhr im Treptower Park aufgefordert wird. Unterzeichnet ist das Flugblatt mit „Spartacusbund". Von den Spartacusleuten wurden auch am Reichstagsgebäude Maschinengewehre aufgestellt. Drei dort erschienene Angehörige der republikanischen Sicherheitswache wurden entwaffnet.

Die Sonntagekundgebungen in Berlin.

Die für gestern angesagten Kundgebungen sind nach den bis gegen 2 Uhr nachmittags vorliegenden Nachrichten ruhig verlaufen. Es regnete. Der Propaganda-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei hatte gestern vormittag Versammlungen in 13 Lokalen Groß-Berlins veranstaltet, die gut besucht waren. Bekannte Führer der Partei, wie Bauer, Ebert, Ernst, Göhre, Heine, Hirsch, Scheidemann, Schöpflin, Stücklen und Wels, hielten Vorträge über das gemeinsame Thema „Sozialismus und Demokratie". Die Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf. Nach Schluß derselben zogen die Teilnehmer in Trupps von mehreren hundert Mann unter Vorantragung roter Fahnen nach dem Stadtinnern, wo sie sich bald auflösten.

Die Unabhängigen hatten mittags drei Versammlungen unter freiem Himmel anberaumt. Hier sprachen Breitscheid, Dittmann, Haase, Adolf Hoffmann, Ledebour und Stöbel. Sie forderten zu festem Zusammenschluß zwecks Abwehr der Gegenrevolution, die immer frecher ihr Haupt erhebe, auf.

Der Spartacusbund hatte seine Gefolgschaft zu Nachmittag 2 Uhr nach dem Treptower Park eingeladen. Hier dürften etwa 3000 Mann zusammengeströmt sein; u. a. sprach auch Liebknecht. Einzelne kleine Abteilungen zogen nach Berlin, doch die Hauptmasse löste sich bereits auf der Treptower Chaussee auf. Nebelwetter und Sprühregen hatten eine zahlreiche Beteiligung in allen Fällen verhindert. Von irgendwelchen Unruhen oder Zusammenstößen war bis zum Abend nichts gemeldet.

W.T.B. in den Händen der Unabhängigen.

Wie in Berliner Blättern gemeldet wird, befindet sich Wolffs Telegraphen Büro (W. T. B.) seit einigen Tagen in den Händen der „Unabhängigen". Die Berichte und Meldungen dieses Büros sind dementsprechend zu bewerten.

Das Feldheer für Ebert-Haase.

Aus Wilhelmshöhe bei Kassel wird gemeldet: Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung der durch den Vertretertag der Feldsoldatenräte in Bad Ems mit der Führung der Geschäfte eines Zentralsoldatenrates des Feldheeres betraut worden ist, teilt folgendes mit: Das einmütige Vertrauen, das vom Feldheere bei der Emser Tagung Ebert—Haase bekundet wurde, scheint sowohl in rechts- wie in ganz linksstehenden Kreisen Beunruhigung hervorgerufen zu haben. Offenbar hatte man in beiden Lagern mit Unterstützung durch das Feldheer gerechnet. Da diese Berechnung durch die einhellige Kundgebung der Frontsoldatenräte in Ems zuschanden geworden ist, möchte man versuchen, nun von außen einen Keil zwischen Regierung und Feldheer zu treiben. Demgegenüber müssen wir mit aller Entschiedenheit feststellen, daß solches Bemühen nie und nimmer verfangen kann, denn das Feldheer schart sich geschlossen um die Regierung Ebert—Haase und wird sich einmütig allen jenen entgegenstellen, die der neuen Regierung Schwierigkeiten bereiten wollen. Zur Frage der Nationalversammlung hat das Feldheer ebenfalls klare Stellung genommen: es verlangt die baldige Einberufung der Nationalversammlung, will aber die Möglichkeit haben, hier mitzuwirken.

Die Bayern fordern abermals Solfs und Erzbergers Rücktritt.

Das Pressebüro des Münchener Arbeiterrats meldet: Der Aktionsausschuß des provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates für Bayern fordert von der bayerischen Regierung, daß sie gegenüber der Reichsregierung folgende Erklärung abgibt: Wenn an die Stelle Solfs ein unkompromittierter Mann getreten ist, wenn die Zusicherung gegeben wird, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt, hält sie das Auswärtige Amt wieder für verhandlungsfähig. (!!)

Ueberfall auf einen bayrischen Minister.

Zu der Nachricht, daß der bayrische Minister Auer von einer Gruppe revolutionärer Internationalisten zur Unterzeichnung seiner Abdankung gezwungen worden sei, meldet die Korrespondenz Hoffmann amtlich: Der Ministerrat des Volksstaates Bayern spricht seine tiefste Empörung über den an dem Minister Auer nächtlich verübten Ueberfall aus. Die von ihm erpreßte Erklärung ist selbstverständlich null und nichtig, und der Minister bleibt Mitglied der Regierung.

Eine Bekanntmachung der Regierung.

An den öffentlichen Anschlagsäulen in Berlin erschien gestern folgende Bekanntmachung: An die Bevölkerung Berlins! Der Rat der Volksbeauftragten hat bis jetzt feststellen können, daß der Auftrag zur Festnahme des Vollzugsrats dem Vizefeldwebel Fischer von einem gewissen Marten und zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, Graf Matuschka und von Rheinbaben, erteilt worden ist. Marten ist ebenso wie Fischer verhaftet worden. Die beiden anderen sind flüchtig, ihre Verhaftung ist angeordnet. Die Truppen, die in der Chausseestraße gegen den Demonstrationszug das Maschinengewehrfeuer gerichtet haben, waren von einem Mitgliede des Soldatenrates beim Generalkommando, namens Krebs, aufgeboten worden. Auch gegen Krebs ist eingeschritten worden. Der Rat der Volksbeauftragten, der sofort alles getan hat, um die Mitglieder des Vollzugsrates zu befreien, die Antastung ihrer Freiheit, sowie das entsetzliche Blutvergießen in der Chausseestraße zu sühnen, ist entschlossen, gegen jede Androhung und Verübung von Gewalttätigkeiten vorzugehen, von welcher Seite sie auch kommen.

Liebknecht gründet eine Rote Garde.

Bei Demonstrationsumzügen der Spartacusleute in Berlin am Sonnabend erklärte Liebknecht eine Rote Garde für Berlin nach dem Muster der Russischen (Bolschewisten-) Garde für gegründet.

Ein Spartakus-Putsch in München.

Nach Beendigung von zwei kommunistischen Soldatenversammlungen, die am Sonnabend in München stattfanden, stürmten bewaffnete Soldatenhaufen die Verlagsgebäude des „Bayerischen Kurier", des „Neuen Münchener Tageblattes" und der „Münchener Neuesten Nachrichten" sowie der „München-Augsburger Abendzeitung". Besonders im „Kurier" kam es zu lebhaften Auftritten, wobei die Bolschewisten erklärten, die Zeitung gehe von jetzt in den alleinigen Besitz des Personals über. Dies werde die bolschewistischen Ideen vertreten. Das Erscheinen der „München-Augsburger Abendzeitung" und des „Münchener Tageblattes" wurde verhindert. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" konnten nach längeren Auseinandersetzungen, zu denen auch der Ministerpräsident Eisner persönlich erschienen war, erscheinen.

Von Stadt und Land.

Aue, 9. Dezember.

Schwierigkeiten in der Volksernährung bevorstehend.

Vom sächsischen Ministerium des Innern wird geschrieben: In den nächsten Wochen werden die von der Front zurückkehrenden Truppen und die Heeresentlassenen eine Vermehrung der Bevölkerung des Landes, besonders der Großstädte, herbeiführen, die sich zahlenmäßig nicht bestimmt voraussehen läßt. Wenn auch vom Landeslebensmittelamt im Einvernehmen mit dem zuständigen Zivil- und Militärstellen alles getan wird, um die Verpflegung sicherzustellen, so ist doch angesichts der außerordentlichen Ueberlastung aller Verkehrsmittel keine unbedingte Gewähr dafür gegeben, daß die erforderlichen Mehrmengen an Lebensmitteln in allen Fällen herangeschafft werden können. Die nächsten Wochen dürften deshalb hinsichtlich der Volksernährung die schwersten der ganzen Kriegszeit werden. Von dem Opfersinn der Bevölkerung muß erwartet werden, daß sie in Würdigung der außerordentlichen Verhältnisse etwa eintretende vorübergehende Stockungen in der Ernährungswirtschaft und daraus folgende Einschränkungen mit Ruhe erträgt.

Weiter teilt die Reichsstelle für Speisefette mit, daß der Bedarf an Speisefetten für Monat Dez. nur zum Teil durch Speisebutter gedeckt werden kann, während die übrige Monatsmenge nur in polnischer Butter und Margarine geliefert werden kann. Die Landesfettstelle hat daraufhin angeordnet, daß die Speisebutter für die Woche vor Weihnachten, also erst vom 16. bis 22. Dezember zur Verteilung kommen soll. Zur Vermeidung von aussichtslosen Reklamationen wird auf die Bekanntmachung des Bezirksverbands in der heutigen Nummer verwiesen, wonach die in der Woche vom 9. bis 15. Dez. 1918 zur Verteilung kommende polnische Butter nur zu Koch-, Brat- und Backzwecken geeignet ist.

Ferner wird geschrieben: In der Bevölkerung ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß eine Erhöhung der Zuckerration in der nächsten Zeit möglich sein werde, nachdem der Zuckerbedarf für die Munitionsherstellung weggefallen sei. Diese Ansicht ist unzutreffend. Zunächst sind die zur Glyzerinherstellung verwendeten Zuckermengen bei weitem nicht so erheblich gewesen, als man häufig anzunehmen scheint. Weiter muß berücksichtigt werden, daß die Zuckerrübenanbaufläche im Jahre 1918 wieder zurückgegangen ist, und daß die Verarbeitung der Rüben infolge des Kohlenmangels und der Zurückziehung der Kriegsgefangenen aus den Betrieben, ferner durch die Einführung des acht Stunden-Tags stark erschwert wird. Die durch den Fortfall der Munitionserzeugung frei werdende Zuckermenge wird also wahrscheinlich in der Hauptsache dazu verwendet werden müssen, um die Produktionsverminderung wett zu machen. Sollte